

# „Wenn man meckert, muss man auch was tun!“

Bei einem Workshop zum Thema „Partizipation“ schlüpfen Schüler in die Rollen von Politikern und werden selbst aktiv

VON VANESSA DRUSE

Was bedeutet Partizipation? Um das herauszufinden, haben Zehntklässler der Nürnberger Adam-Kraft-Realschule beim Workshop „Jugend mischt sich ein“ von laut! und DoKuPäd mitgemacht. Und siehe da: Auch eine Abstimmung über „Handyverbot an Schulen“ ist politische Partizipation.

Am Anfang fanden viele Schüler Politik „langweilig“ und wussten nicht genau, was dazu gehört: Einige verbinden damit „Auseinandersetzungen“ und „Kriege“. Für andere ist Politik, seine eigene Meinung und seine Interessen zu vertreten.

Dora sagte: „Politik ist nichts für mich.“ So wie Dora denken einige der Zehntklässler und wollen sich erst später engagieren, wenn sie älter sind.

Wie sich aber herausstellte, interessieren sich viele Schüler für Politik und erzählen, was sie bewegt. Robert engagiert sich in verschiedenen Jugendorganisationen, und Ayçe setzt sich für die Alevitische Gemeinde ein. Deniz beschäftigt derzeit vor allem die Waffengewalt in Deutschland: „Ich habe gesehen, wie ein Mann angeschossen wurde. Darüber denke ich im Moment nach.“

Auf die Frage von Julia Oschmann, pädagogische Mitarbeiterin des DoKuPäd (Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum), was politische Partizipation eigentlich bedeutet, schauten sich dann trotzdem alle ratlos an. Die Erklärung ist ganz einfach: Partizipation heißt Teilnehmen, Teilhaben und gemeinsam Lösungen finden.

Und genau darum sollte es in dem Workshop von DoKuPäd und laut! gehen.

Bei „Jugend mischt sich ein“ durften die Schüler ein Thema ihrer Wahl diskutieren. In verschiedenen Interessengruppen recherchierten und sammelten die Schüler Informationen. Danach erstellten sie in den einzelnen Gruppen kleine Web-Kampagnen in Form von Facebook-Fanseiten.

Es standen mehrere Themen zur Auswahl, wie zum Beispiel „Handyverbot an Schulen“, „Bußgeld für Zuspätkommen“ oder „Legalisierung weicher Drogen“. Nach mehreren Abstimmungen einigten sich die Schüler auf das Thema „Handyverbot an Schulen“.

Die Zehntklässler teilten sich in die Gruppen „Schüler“ und „Lehrer“ auf, die für ein Handyverbot waren. Dann gab es die Teams „Schüler“ und „Eltern“, die gegen ein Handyverbot waren. Eine neutrale Gruppe war das „Kultusministerium“, das in der Podiumsdiskussion am Ende die Entscheidung treffen sollte.

## Kommentare schreiben

Die Gruppe der „Lehrer“ zum Beispiel erstellte eine Facebook-Seite unter dem Namen „Nino Orange“, auf der sie ihre Argumente gegen das Handyverbot posteten. „Wenn alle in den Pausen auf ihrem Handy tippen, kann man keine sozialen Kontakte knüpfen“, sagte „Lehrer“ Tim. Die anderen Gruppen konnten dann ihre Kommentare auf den Seiten der anderen veröffentlichen. „Aber in Notfällen müssen wir doch erreichbar sein“, fand Samira aus der Gruppe der „Schüler“ gegen ein Handyverbot.

Bei der Podiumsdiskussion durften alle Zehntklässler ihre



Deniz (links) und Alan von der Nürnberger Adam-Kraft-Realschule diskutieren über Pro und Contra eines Handyverbots an Schulen. Die beiden Schüler gehörten zur Gruppe „Kultusministeriums“. Foto: Vanessa Druse/Illustration: PR

Argumente vorbringen und ihre Meinung zu anderen Beiträgen noch einmal äußern. Von jeder Gruppe saß ein Vertreter vorne am Rednerpult. Nach einer hitzigen Diskussion, bei der sich alle Schüler sehr für ihren Standpunkt einsetzten, entschied sich das „Kultusministerium“ für das Handyverbot an Schulen. Dadurch wurde den Schülern verdeutlicht, wie so eine Entscheidung für oder gegen ein Verbot im echten Leben entstehen kann.

Am Ende des Workshops waren sich alle einig, dass es ein gelungener, informativer Vormittag war. Eine politische Abstimmung muss nicht immer gleich die Welt verändern. Die Schüler haben gesehen, dass politische Teilnahme vielfältig ist und jeden betrifft.

